

Protokoll 149. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. Juni 2021, 17.00 Uhr bis 22.01 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Christine Seidler (SP), Vera Ziswiler (SP), Dominique Zygmunt (FDP), 2 Sitze vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/213](#) Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
3. [2021/203](#) * Weisung vom 19.05.2021: FV
Postulat der FDP-Fraktion betreffend Bericht über einen möglichen Betrieb von städtischen Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb und der notwendigen Tankstelleninfrastruktur, Bericht und Abschreibung
4. [2021/204](#) * Weisung vom 19.05.2021: FV
Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2020 durch den Gemeinderat
5. [2021/188](#) * STP
E Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:
Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes
6. [2021/191](#) * VS
E Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021:
Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution

7.	2021/207	* A	Postulat von Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 19.05.2021: Verzicht auf den temporären Mehrzweckstreifen und den Abbau der Fussgängerstreifen auf der Nordbrücke und Wiedereinführung von Tempo 50	VTE
8.	2021/209	*	Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.05.2021: Aufhebung der Warteliste der Stiftung Alterswohnungen, Angaben zum bisherigen Vermietungssystem, zur Warteliste, zu den «Personen in Wohnnotlagen», zum Umgang mit Wohnungssuchenden auf der Warteliste und zur Bedarfsplanung der Stiftung sowie zur Fachstelle «Wohnen im Alter»	VGU
9.	2021/41		Weisung vom 03.02.2021: Tiefbauamt, Neubau Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, Ausgabenbewilligung	VTE
10.	2020/584		Weisung vom 16.12.2020: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Leimbach, Quartier Leimbach, Ersatzneubau, Projektierungskredit	VHB VSS
11.	2021/190	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 21.04.2021: Einrichtung von zwei Allwetterplätzen bei der Schule Leimbach	VHB
12.	2021/208	A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 19.05.2021: Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies, Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und kinderfreundliche Gestaltung	VSI
13.	2020/520		Weisung vom 19.11.2020: Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht	VIB
14.	2021/140	E/A	Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021: Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können	VIB
15.	2020/534		Weisung vom 02.12.2020: Postulat von Marcel Bührig, Markus Kunz und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung	VGU
16.	2019/335	E/A	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019: Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen	VGU

- | | | | | |
|-----|-------------------------|-----|---|-----|
| 17. | 2020/22 | E/A | Postulat von Nadia Huberson (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 22.01.2020:
Beitritt zum Netzwerk «C40 Cities» für einen aktiven Wissenstransfer und Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen | VGU |
| 18. | 2020/81 | A/P | Motion von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden vom 04.03.2020:
Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz | VGU |
| 19. | 2020/83 | A/P | Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Ezgi Akyol (AL) vom 04.03.2020:
Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

3993. 2021/229 Ratsmitglied Emanuel Eugster (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Emanuel Eugster (SVP 7+8) auf den 27. Mai 2021 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

3994. 2021/224 Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021: Verzicht auf eine Zulassung von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung

Stephan Iten (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 9. Juni 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

3995. 2021/220 Motion von Reto Brüesch (SVP), Sabine Koch (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 26.05.2021: Zonenplanänderung für den Ersatz der wegfallenden potenziellen Wohnfläche in der angrenzenden Zone zur Parzelle AF 45050 im Rahmen der Zonenplanänderung «Im Isengrind»

Reto Brüesch (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 9. Juni 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3996. 2021/234

Erklärung der SVP-Fraktion vom 02.06.2021: Velodemonstration Critical Mass

Namens der SVP-Fraktion verliest Derek Richter (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Egoismus und vorsätzliche Gefährdung von Leib und Leben

Am Freitagabend, dem 28. Mai 2021, fand erneut eine Velodemonstration in der Stadt Zürich mit gegen 1'000 Personen statt.

Obschon die Stadtpolizei über die geplante und illegale Demonstration informiert war, trat gemäss eigenen Angaben lediglich ein Dialogteam der Stadtpolizei mit den Demonstranten in Kontakt und die Durchführung wurde toleriert. Dies, obwohl keine Bewilligung dafür vorlag und gemäss Verfügung des Bundesamtes für Gesundheit Ansammlungen von mehr als 300 Personen zurzeit strikt untersagt sind.

Privatpersonen und Gewerbetreibende müssen strengste Auflagen des BAG einhalten und können ihre Freizeit lediglich reduziert gestalten und vor allem die Arbeit nur unter starken Einschränkungen und Vorschriften ausführen. Während die Nichteinhaltung der Vorgaben Bussen oder sogar Gefängnisstrafen nach sich ziehen können, lässt die Sicherheitsvorsteherin Stadträtin Karin Rykart eine solche Grossveranstaltung grosszügig gewähren. Dies ist eine Ohrfeige für all jene, welche die BAG-Vorschriften des Bundes nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen und dadurch einen hohen Aufwand hinnehmen müssen und dabei zum Teil drastische Umsatzverluste erleiden. Die Verantwortlichen lamentieren, dass ein Eingreifen bei diesen Menschenmengen nicht verhältnismässig sei. Bereits Tage zuvor wurden in den sozialen Medien Aufrufe zu dieser Demonstration gemacht. Diese illegale Veranstaltung war demnach angekündigt. Sie wäre im Vorfeld mit der konsequenten Haltung «Wir tolerieren keine illegalen Demonstrationen, welche die Gesundheit und die Sicherheit unserer Bevölkerung gefährden!» zu verhindern gewesen.

Die Stadt Zürich ist zu einem gesetzlosen Affentheater für Wohlstandsverwahrloste verkommen. Illegale Demonstrationen können hier ohne irgendwelche Konsequenzen jederzeit stattfinden. Recht und Ordnung werden nicht mehr durchgesetzt und die Verslumung schreitet mit Siebenmeilenstiefeln voran. In der Stadt Zürich geniesst eine gewisse Klientel mittlerweile faktisch Narrenfreiheit.

Im Umfeld der Demonstration kam es einmal mehr zu einem künstlich produzierten Verkehrskollaps. Dies betraf den MIV, den ÖV und sogar die Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung. Die Behinderung des öffentlichen Verkehrs ist ein Straftatbestand und gehört ohne Wenn und Aber geahndet! Über Stunden standen Verkehrsteilnehmer im Stau, Passagiere der VBZ waren in den Fahrzeugen eingeschlossen und Einsatzfahrzeuge wurden trotz eingeschaltetem Blaulicht und Martinshorn vorsätzlich an der Weiterfahrt gehindert. Hier wurde bewusst Schaden an Infrastruktur und – noch viel schlimmer – die Bedrohung von Leib und Leben in Kauf genommen!

Die SVP zeigt sich schockiert ab solch einem egoistischen und verantwortungslosen Verhalten und verurteilt diese Vorkommnisse in schärfster Form.

Durch diese illegale Demonstration wurden erneut nur Verlierer geschaffen. Das Corps der Stadtpolizei Zürich, welches sich unnötigen Gefahren aussetzen musste, die Gewerbetreibenden, die VBZ-Kunden, die Handwerker, die Logistiker und viele mehr mussten diese Nötigung hinnehmen. Und dies alles aus purem Egoismus und dem Interesse von ein paar wenigen.

Stadträtin Karin Rykart, welche sich zu fein war, dies persönlich zu kommentieren, trägt auch hier die volle Verantwortung und muss für sämtliche Konsequenzen zur Rechenschaft gezogen werden. Die SVP akzeptiert nicht, dass die geltende Rechtsordnung durch den Stadtrat einmal mehr ignoriert und mit Füßen getreten wird. Wir erinnern daran, dass die SVP am 6. Juni 2020 eine aufsichtsrechtliche Beschwerde beim Stathalteramt des Bezirks Zürich eingereicht hat. Die Verantwortlichen haben wiederholt und eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht gewillt sind, die geltende Rechtsordnung zu respektieren beziehungsweise durchzusetzen. Sie nehmen damit billigend in Kauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung und sogar Menschenleben vorsätzlich und aus niedrigen Beweggründen aufs Spiel gesetzt werden.

Die SVP der Stadt Zürich verlangt, dass sich der Stadtrat ab sofort an die geltende Rechtsordnung und Auflagen hält, diese entsprechend umsetzt und keine Ausnahmen im Sinne ihrer Klientel duldet!

G e s c h ä f t e

3997. 2021/213

Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 13. Januar 2021 anstelle von Marcel Bührig (Grüne 10) mit Wirkung ab 1. Juni 2021 für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 als gewählt erklärt:

Roland Hurschler (Grüne 10), Geschäftsleiter, geboren am 15. Oktober 1971, von Engelberg/OW, Lettenstrasse 26, 8037 Zürich

3998. 2021/203

Weisung vom 19.05.2021:

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Bericht über einen möglichen Betrieb von städtischen Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb und der notwendigen Tankstelleninfrastruktur, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021

3999. 2021/204

Weisung vom 19.05.2021:

Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2020 durch den Gemeinderat

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021

4000. 2021/188

Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:

Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4001. 2021/191**Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021:
Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in
Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4002. 2021/207**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 19.05.2021:
Verzicht auf den temporären Mehrzweckstreifen und den Abbau der Fussgänger-
streifen auf der Nordbrücke und Wiedereinführung von Tempo 50**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Johann Widmer (SVP) vom 26. Mai 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3949/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 51 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 62 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4003. 2021/209**Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.05.2021:
Aufhebung der Warteliste der Stiftung Alterswohnungen, Angaben zum bisheri-
gen Vermietungssystem, zur Warteliste, zu den «Personen in Wohnnotlagen»,
zum Umgang mit Wohnungssuchenden auf der Warteliste und zur Bedarfspla-
nung der Stiftung sowie zur Fachstelle «Wohnen im Alter»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 26. Mai 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3950/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 116 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 62 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4004. 2021/41**Weisung vom 03.02.2021:****Tiefbauamt, Neubau Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, Ausgabenbewilligung**

Antrag des Stadtrats

Die für den Neubau der Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über die SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, bereits bewilligten Ausgaben von Fr. 1 410 000.– werden wie folgt erhöht:

- a) für die Durchführung eines Studienauftrags und die Ausarbeitung eines Vor- und Bauprojekts um Fr. 4 620 000.– auf neu Fr. 6 030 000.– (Preisbasis: 1. April 2020); sowie
- b) für die Vorbereitung der Baumeistersubmission um weitere Fr. 370 000.– auf neu insgesamt Fr. 6 400 000.– (Preisbasis: 1. April 2020).

Referent zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Präsident Pascal Lamprecht (SP), Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Res Marti (Grüne), Severin Meier (SP), Markus Merki (GLP), Willi Wottreng (AL) i. V. von Olivia Romanelli (AL), Dominique Zygmunt (FDP)
Minderheit:	Derek Richter (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die für den Neubau der Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über die SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, bereits bewilligten Ausgaben von Fr. 1 410 000.– werden wie folgt erhöht:

- a) für die Durchführung eines Studienauftrags und die Ausarbeitung eines Vor- und Bauprojekts um Fr. 4 620 000.– auf neu Fr. 6 030 000.– (Preisbasis: 1. April 2020); sowie
- b) für die Vorbereitung der Baumeistersubmission um weitere Fr. 370 000.– auf neu insgesamt Fr. 6 400 000.– (Preisbasis: 1. April 2020).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2021)

4005. 2020/584**Weisung vom 16.12.2020:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Leimbach, Quartier Leimbach, Ersatzneubau, Projektierungskredit**

Antrag des Stadtrats

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Leimbach, Wegackerstrasse 40, 8041 Zürich, wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit STRB Nr. 1202/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 6 400 000.– auf Fr. 7 000 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Shaibal Roy (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 62 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Leimbach, Wegackerstrasse 40, 8041 Zürich, wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit STRB Nr. 1202/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 6 400 000.– auf Fr. 7 000 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2021)

4006. 2021/190**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 21.04.2021:****Einrichtung von zwei Allwetterplätzen bei der Schule Leimbach**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3894/2021).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Mai 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4007. 2021/208

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 19.05.2021:

Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies, Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und kinderfreundliche Gestaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3928/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Sarah Breitenstein (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Abschnitt der Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies ~~für den MIV gesperrt~~ als Begegnungszone und kinderfreundlich gestaltet werden kann.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 100 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4008. 2020/520

Weisung vom 18.11.2020:

Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht

Antrag des Stadtrats

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Michael Kraft (SP)

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 4009/2021)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4009. 2021/235
Erklärung der GLP-Fraktion vom 02.06.2021:
Verkauf von Kernenergiebeteiligungen

Namens der GLP-Fraktion verliest Beat Oberholzer (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Kein Zürcher Atomstrom ab 2034 – Der Verkauf der Kernenergiebeteiligungen ist gescheitert, nun muss das Stilllegungsziel aktiver eingefordert werden

Mit einem Begleitpostulat der Fraktionen GLP, SP und Grüne soll sichergestellt werden, dass die Stadt Zürich das Ziel der Bevölkerung ernsthaft weiterverfolgt, keinen Atomstrom mehr zu produzieren.

Die Stadt Zürich hat den Auftrag der Bevölkerung ernst genommen und versucht, die städtischen Beteiligungen an den Atomkraftwerken zu verkaufen. Es wäre ein eleganter Ausstieg der Stadt Zürich aus der Atomenergie gewesen. Doch nun gehören der Stadt weiterhin 15% des Atomkraftwerks Gösgen-Däniken und 20.5% der AKEB, welche wiederum Anteile am Kraftwerk Leibstadt und vier Reaktoren in Frankreich besitzt. Die Grünliberalen nehmen zur Kenntnis, dass der Verkauf trotz des grossen finanziellen Aufwands nicht geklappt hat. Ebenso stellen wir fest, dass die Stadt auf weitere teure und aussichtslose Verkaufsbemühungen verzichtet.

Nichtsdestoweniger fordern wir den Stadtrat nun auf, aktiv und resolut das Stilllegungsziel in den Kraftwerksgesellschaften einzufordern. Dabei soll er zielstrebig Allianzen mit anderen ausstiegswilligen Aktionären ausbauen und dem Gemeinderat regelmässig über diese Bemühungen berichten. Deshalb haben wir zusammen mit der SP- und der Grünen-Fraktion ein Begleitpostulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert, auf die Stilllegung hinzuwirken.

Das Volk hat entschieden: Ab 2034 ist Schluss

Der Auftrag, den das Volk 2016 erteilt hat, bleibt unabhängig davon bestehen: Ab 2034 soll die Stadt Zürich keinen Atomstrom mehr produzieren und verkaufen. Der Zeithorizont 2034 tauchte nach der Katastrophe von Fukushima auf. Die Fukushima-Kernschmelze liegt nun zwar «schon» zehn Jahre zurück. Aber was sind schon zehn Jahre aus atomarer-geologischer Zeitperspektive? Eine nächste Kernschmelze kann leider überall eintreten, auch wenn nach jedem Unglück neue Sicherheitsmassnahmen ergriffen werden und unsere AKWs offiziell als sicher gelten. Das Nachrüsten der alten Meiler ist ein gefährlicher Balanceakt zwischen Verminderung horrender Kosten und dem Sicherstellen von Sicherheitsstandards. Deshalb stehen wir Grünliberalen weiterhin hinter dem Ziel im Jahr 2034.

Wir sind zuversichtlich – Alternativen zur Atomkraft sind da

Der Energiebedarf der Schweiz kann dank grosser Mengen an Wasserkraft mit zusätzlichen Investitionen in Wind- und Sonnenenergie auch ohne Atomkraftwerke gedeckt werden. Die Stadt Zürich hat von den jährlich 2 TWh, die die Atomenergie produziert, bereits die Hälfte durch erneuerbare Energien ersetzt. Die Produktion aus erneuerbaren Energien wird das EWZ weiter ausbauen, da sich diese auch wirtschaftlich sinnvoller betreiben lässt als unsichere Atomenergie. Der Rahmenkredit über 200 Mio. Franken, über den am 13. Juni abgestimmt wird, beschleunigt den EWZ-Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und macht den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke noch irrelevanter.

Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich gleichgesinnte Aktionärspartner finden wird und gemeinsam die Mehrheitsaktionäre dazu bringen kann, dass die Kernkraftwerksgesellschaften eine Stilllegung seriös prüfen werden.

4008. 2020/520
Weisung vom 18.11.2020:
Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Michael Kraft (SP) Referent; Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021

4010. 2021/140

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021:
Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke
Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern
(AKEB) nicht verkauft werden können**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3795/2021).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4011. 2020/534

**Weisung vom 02.12.2020:
Postulat von Marcel Bührig, Markus Kunz und 13 Mitunterzeichnenden betreffend
Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen
Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird Kenntnis genommen.

2. Das Postulat, GR Nr. 2018/388, von Marcel Bührig, Markus Kunz (beide Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Walter Anken (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Walter Anken (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/388, von Marcel Bührig, Markus Kunz (beide Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021

4012. 2019/335**Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:****Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1525/2019).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 76 gegen 34 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4013. 2020/22**Postulat von Nadia Huberson (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 22.01.2020: Beitritt zum Netzwerk «C40 Cities» für einen aktiven Wissenstransfer und Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nadia Huberson (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2133/2020).

Walter Anken (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Februar 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich dem Netzwerk „C40 Cities“ beitreten und sich aktiv am partnerschaftlichen Wissenstransfer und der Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen weltweit beteiligen kann und hierfür die entsprechenden Ressourcen in der Stadtverwaltung bereitgestellt werden können.

Nadia Huberson (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 92 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4014. 2020/81

Motion von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden vom 04.03.2020:

Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marion Schmid (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2288/2020).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Marion Schmid (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 62 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4015. 2020/83

Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Ezgi Akyol (AL) vom 04.03.2020:

Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2290/2020).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 64 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4016. 2021/236

Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 02.06.2021: Errichtung eines Ringfencing für die Beteiligung der Stadt an Atomkraftwerken zwecks Reduzierung der finanziellen Haftungsrisiken

Von der SP- und Grüne-Fraktion ist am 2. Juni 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten, mit der es möglich wird, für die Beteiligungen der Stadt Zürich an Atomkraftwerken ein so genanntes Ringfencing zu errichten, zum Beispiel, indem man die Beteiligungen in einer separaten und zu gründenden Aktiengesellschaft isoliert, die sich im Besitz der Stadt befindet.

Begründung:

In Artikel 125 Abs. 2 GO wird der Stadtrat ermächtigt, die Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu veräussern. Daneben muss aber die ebenso grosse Bedrohung durch diese Beteiligungen infolge Haftungsrisiken möglichst schnell und gleichzeitig angegangen werden.

Die Stadt Zürich ist keine Mehrheitsaktionärin oder Alleinaktionärin bei Atomkraftwerken oder bei Beteiligungsgesellschaften, sondern sie hat überall Partner. Im Unterschied zu allen anderen Partnern hält die Stadt ihre Aktien aber direkt und nicht via Tochtergesellschaften, denn das ewz ist eine Dienstabteilung der Stadt. Die Axpo Holding zum Beispiel schützt sich mit der Tochterfirma Axpo Power AG (Aktionärin des KKG) im Falle höher Nachzahlungen für das Tiefenlager gegen den Durchgriff auf die Vermögen der Holding. Dass dies beim ewz nicht der Fall ist, bewirkt ein erhebliches, im Ernstfall sogar bedrohliches Haftungsrisiko, das die Stadt schon seit Jahrzehnten offenbar duldet.

Das Konstrukt der «Partnerwerke» basiert auf einer vollständigen solidarischen Haftung aller Partner, auch im Krisenfall. Ob sogar eine solidarische Haftung für Drittwerke besteht, ist rechtlich umstritten. Falls die anderen Partner Konkurs gehen bzw. zahlungsunfähig werden, steht die Stadt Zürich als Kommune alleine da. Da die Versicherungen es ablehnen, atomare Unfälle über eine bestimmte Summe hinaus zu versichern, und weil auch die Bedingungen für den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds immer wieder Gegenstand von gerichtlichen Streitfällen sind, ergeben sich extrem grosse finanzielle Haftungsrisiken für die Stadt. Mit Hilfe einer Auffanggesellschaft, in der die AKW-Beteiligungen isoliert werden können, kann ein so genanntes Ringfencing errichtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

4017. 2021/237

Postulat von Martina Zürcher (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021: Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege

Von Martina Zürcher (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass für die Critical Mass jeweils eine ordentliche Bewilligung (mit Route usw.) ersucht wird, damit die immer beliebtere monatliche Veranstaltung (ähnlich wie der Monday-Night-Skate) ohne grössere Beeinträchtigungen der zentralen Verkehrswege, insbesondere des öffentlichen Verkehrs und der Rettungswege, stattfinden kann.

Begründung:

Besonders bei warmen Temperaturen ist die monatliche Critical Mass ein beliebtes Happening für Velo-Fans. Am Freitagabend, 28. Mai 2021 waren es so viele Teilnehmer/innen, dass das Verkehrsnetz der Stadt

Zürich zusammengebrochen ist, Rettungswege wurden blockiert, Personen sollen die Nottüröffnungen in feststeckenden VBZ-Bussen betätigt haben.

Gemäss der Schriftlichen Anfrage 2020/292 hatte die Sicherheitsvorsteherin und Exponenten ihres Departements schon Kontakt mit Personen rund um die Organisation der Critical Mass. Würde die Veranstaltung in Absprache mit dem Sicherheitsdepartement organisiert und bewilligt, könnte das Happening Critical Mass, ähnlich wie der Monday-Night-Skate, sicherer durchgeführt werden und würde insbesondere die VBZ weniger beeinträchtigen.

Mitteilung an den Stadtrat

4018. 2021/238

Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 02.06.2021: Berücksichtigung der Ziele Netto-Null und 2000-Watt-Gesellschaft sowie der 7-Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen bei der Anmietung von Flächen

Von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) ist am 2. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Zumieten von Flächen, die Ziele «Netto Null», 2000-Watt Gesellschaft berücksichtigt werden können und wie die 7- Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechtem Bauen auch bei Objekten, welche die Stadt zumietet Beachtung finden.

Begründung:

Bei der «Beschaffung» von Mietflächen werden keine qualitativen Anforderungen zum umwelt- und energiegerechten Bauen berücksichtigt.

Z.B werden die 7-Meilenschritte und die Massstäbe zum umwelt- und energiegerechten Bauen nicht als Entscheidkriterien herangezogen, ob eine Fläche angemietet wird oder nicht.

Ob ein Objekt angemietet wird, wird in erster Linie aufgrund des entsprechenden Flächenbedarfs der Dienstabteilungen (Flächengrösse, Grundriss, Nutzungsqualität, Lage, u.ä.) entschieden.

Der Stadtverwaltung kommt auf dem Weg zu Netto-Null eine Vorbildrolle zu. Bei der Anmietung von Flächen sind diese Ziele ebenfalls zu berücksichtigen und als zentrale Kriterien zu beachten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4019. 2021/239

Schriftliche Anfrage von Severin Meier (SP), Matthias Renggli (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021: Gestaltung der Seepromenade zwischen dem Strandbad Tiefenbrunnen und dem Fährsteg Tiefenbrunnen, Möglichkeiten zur Verlängerung der Seepromenade und zur Begrünung des Trottoirs der Bellerivestrasse mit Bäumen sowie Finanzierung der Massnahmen über die kantonalen Mittel für den Bau von Uferwegen

Von Severin Meier (SP), Matthias Renggli (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Chinawiese, das Strandbad Tiefenbrunnen sowie die Wiese beim Fährsteg Tiefenbrunnen sind äusserst beliebt bei Badenden und Flanierenden; Naherholung an schönster Lage für die Stadtbevölkerung. Jedoch klafft eine ungenutzte, unschöne, ca. 200 Meter lange Lücke zwischen dem Strandbad Tiefenbrunnen und dem Park beim Fährsteg Tiefenbrunnen. Statt einer lauschigen Wiese oder einem Park führt eine ausladende Ufermauer von der Bellerivestrasse zum See. Es ist nicht ersichtlich, weshalb dieses brachliegende Potential ungenutzt bleiben sollte. So verwundert es nicht, dass dieser Abschnitt im Leitbild zum Seebecken der Stadt Zürich als «Gebiet mit Entwicklungspotential» gekennzeichnet ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass das Seebecken im Bereich vom Strandbad Tiefenbrunnen bis zum Park beim Fährsteg Tiefenbrunnen grundsätzlich zu einer attraktiven Verlängerung der Seepromenade umgestaltet werden sollte? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Seepromenade an der entsprechenden Stelle durch Landgewinnung mittels Aufschüttung eines ca. 30-50 Meter breiten, begrünten Abschnitts zu verlängern?
3. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Seepromenade an der entsprechenden Stelle durch Holz- oder Steinstege, welche das Baden ermöglichen, zu verlängern?
4. Wäre aus Sicht des Stadtrats auch eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten (siehe Fragen 2 und 3) vorstellbar – insbesondere, falls eine Landgewinnung nur in begrenztem Umfang möglich ist?
5. Wie steht der Stadtrat zur Idee, an der entsprechenden Stelle das Trottoir der Bellerivestrasse mit Bäumen zu begrünen und den Einstieg in die neu geschaffene Verlängerung der Seepromenade zu ermöglichen?
6. Könnten nach der Einschätzung des Stadtrats kantonale finanzielle Mittel gemäss § 28 b StrG für den Bau von Uferwegen dafür in Anspruch genommen werden?

Mitteilung an den Stadtrat

4020. 2021/240

Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:

Leitbild Strategie Seebecken, Vorgehen bei der Verlegung und Aufhebung von Bootsplätzen und Bojen, Planung von Hafen- und Trockenplätzen, Einbindung der Bootsbesitzenden in den Prozess sowie Entwicklung der Vermietung von Sharing-Angeboten

Von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss dem Leitbild Strategie Seebecken vom September 2009, rev. März 2018, soll die Anzahl Bootsplätze (Hafen-, Bojen- und Trockenplätze) im Sinne eines Plafonds bestehen bleiben. Gleichzeitig soll jedoch das Seebecken mittels Konzentration der Anlagen entlastet werden. Bei der Definition der zu verlegenden Anlagen sollen in erster Linie die ökologischen, archäologischen und städtebaulichen Aspekte sowie die Bedürfnisse an eine sichere Schiffsstationierung berücksichtigt werden. Eine wahrnehmbare Reduktion der unzähligen ausserhalb der Hafenanlagen liegenden Bojen wurde bis jetzt jedoch noch nicht festgestellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wird bei der Verlegung von Bootsplätzen vorgegangen, um mittels Konzentration eine Entlastung der Anlagen zu erreichen? Gibt es einen Zeitplan? Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?
2. Sind derzeit Hafen- und Trockenplätze in Planung wie z.B. Marina Tiefenbrunnen? Wenn ja, wo und wann ist die Realisierung geplant?
3. Welche Bootsplätze sollen verlegt bzw. aufgehoben werden? Werden Bojen ausserhalb der Hafenanlagen zuerst verlegt? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie viele Bojen wurden in den letzten Jahren bereits verlegt / aufgehoben? Wie viele Bojen sollen langfristig insgesamt reduziert werden?
5. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass eine zumindest temporäre Reduktion der Bojen zielführend ist, um die angestrebte Entlastung tatsächlich zu erreichen?
6. Wie werden Bootsbesitzende, welche einen Bootsplatz mieten oder mieten wollen, in den Prozess mit eingebunden?
7. Wieviele der vorhandenen Bootsplätze sind insgesamt für die Vermietung von «Sharing-Angeboten» vorgesehen? Wie hat sich die Vermietung von «Sharing-Angeboten» in den letzten Jahren entwickelt?

Mitteilung an den Stadtrat

4021. 2021/241

Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:

Bademöglichkeiten im Seebecken, Potenzial und Projekte für zusätzliche Infrastrukturen für Schwimmende, Sanierungspläne für den Abschnitt Bellevue bis Utoquai und Schaffung von Badebuchten im Abschnitt Hafen Riesbach bis Strandbad Tiefenbrunnen sowie Verhinderung von Nutzungskonflikten mit den angrenzenden Quartieren

Von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Seebecken lädt zum Flanieren und in den wärmeren Jahreszeiten auch zum Baden und Schwimmen ein. Ausserhalb der Badeanstalten sind die Möglichkeiten dafür jedoch begrenzt. Zudem ist ein Einzeleintritt für städtische Badeanstalten – z.B. Strandbad Tiefenbrunnen, Strandbad Mythenquai oder Seebad Utoquai – mit derzeit CHF 8 nicht vernachlässigbar und auch die Anzahl der Plätze ist limitiert. Für viele Menschen ist der Betrag für einen Eintritt zu hoch für einen kurzen Besuch, beispielsweise nach der Arbeit. Auch vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung ist in Zukunft mit einer verstärkten Nutzung des Zürichsees durch Badende und Schwimmende zu rechnen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass mittelfristig deutlich mehr Möglichkeiten zum Baden und Schwimmen im Zürichsee geschaffen werden müssen? Wenn nein, warum nicht?
2. Wo im Seebecken sieht der Stadtrat ein Potenzial, um zusätzliche, ausserhalb der Badeanstalten liegende Infrastruktur für Schwimmende (Einstiege, Treppen, Sand- und Kiesbereiche etc.) zu schaffen?
3. Sind bereits konkrete Projekte in Planung, welche Infrastruktur zum Baden und Schwimmen im Zürichsee beinhalten? Wenn ja, welche? Sind bei diesen auch ökologische Aufwertungen geplant?
4. Abschnitt Bellevue bis Utoquai: Während bei den Einfassungen der Bäume mit Holz schöne Sitzgelegenheiten geschaffen wurden, sind fehlende Steinplatten mit einem grünlich gefärbten Kiesgemisch (provisorisch wirkend) ausgebessert worden:
 - a. Wie ist der Zustand der Anlage? Wann steht die nächste (grössere) Sanierung an?
 - b. Gibt es bereits Sanierungspläne? Ist mit einer Renovation des Bestehenden oder mit einer allfälligen Neugestaltung zu rechnen?
 - c. Ist die Bereitstellung von zusätzlicher Infrastruktur für Badende und Schwimmende – beispielsweise Stege oder Flosse – in diesem Bereich grundsätzlich möglich?
5. Abschnitt Hafen Riesbach bis Strandbad Tiefenbrunnen: Zur Befestigung des (aufgeschütteten) Ufers wurden in weiten Bereichen ca. kopfgrosse Steine verwendet. Nur an wenigen Orten wurden diese in schmalen Bereichen von Hand etwas beiseite geräumt:
 - a. Wurde schon in Betracht gezogen, mehrere kleinere Badebuchten zu schaffen, indem diese Steine auf einer Breite von ca. 10 m bis 20 m durch Sand oder Kies ersetzt würden? Wenn ja, wann wird dies umgesetzt? Wenn nein, was spricht dafür bzw. dagegen?
 - b. Was wären die planerischen und ingenieurtechnischen Herausforderungen, um solche Badebuchten zu schaffen? Wie lange würde es von der Planung bis zur Realisierung dauern?
6. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass durch die Verlegung von Parkplätzen, welche direkt an die Promenade / Parkanlage angrenzen, Platz gewonnen werden könnte, um die Flanier- und Erholungsbereiche im Seebecken zu vergrössern? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, gibt es bereits Projekte?
7. Welche Pläne und Konzepte gibt es, um Nutzungskonflikten zwischen den angrenzenden Quartieren und den diversen Besuchern sowie Veranstaltungen entlang der Seepromenade entgegenzuwirken?

Mitteilung an den Stadtrat

4022. 2021/242

Schriftliche Anfrage von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 02.06.2021:

Illegale Partys im Gebiet Hasenrain, Feststellung der Aktivitäten vor Ort, Auswirkungen der Partys auf die Wildtiere, Ergebnisse der Personenkontrollen durch die Polizei und Angaben zu den Delikten sowie Massnahmen zur Verhinderung der illegalen Festivitäten

Von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Müller (SVP) ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 2021 trafen sich mehrere hundert Personen zu einer illegalen Party beim Hasenrain. Die ausgerückten Einsatzkräfte der Polizei wurden mit Flaschen und Steinen sowie mit Feuerwerk angegriffen. Es musste Gummischrot und Reizstoff eingesetzt werden. Neben Lärm und viel Abfall wurde offenbar ein Polizist verletzt und nur eine Person wurde festgenommen. «Partys» finden in letzter Zeit wieder vermehrt beim Hasenrain statt, welche tief in die Nacht dauern und zum Teil mit Feuerwerkskörper «begleitet» werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann hatte die Polizei erfahren, dass eine illegale Grossveranstaltung beim Hasenrain stattfindet? Wurde sie erst durch die lärmgeplante Anwohnerschaft darauf aufmerksam gemacht? Zu welchem Zeitpunkt war die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt?
2. Der Hasenrain scheint ein Hotspot für Openair-Partys zu sein. Werden keine regelmässigen Patrouillenfahrten vor Ort durchgeführt, um illegale Aktivitäten festzustellen?
3. Veranstaltungen im Wald sind melde- und bewilligungspflichtig. Sind im Jahr 2021 entsprechende Gesuche für das Hasenraingebiet und seine Umgebung für diesen Abend oder diese Nacht eingereicht worden? Wurden solche bewilligt und mit welchen Auflagen waren diese verknüpft?
4. Das Gebiet des Hasenrains ist mitten im Waldgebiet und viele Wildtieren haben zurzeit Nachwuchs. In der Hauptsetzzeit vom 1. Mai bis 30. Juni werden unter anderem Rehkitze geboren. Welche Auswirkungen haben solche Partyveranstaltungen für diese Tiere und deren Population?
5. Wie viele Personen befanden sich vor Ort? Wie viele davon wurden kontrolliert?
6. Wohnen diese Personen im Kreis 9 oder sind sogar Personen von ausserhalb der Stadt angereist? Welche Nationalitäten haben die kontrollierten Personen?
7. Wurden Wegweisungen ausgesprochen? Falls nein, weshalb nicht?
8. Konnten, neben der einen Person, die offenbar verhaftet wurde, weitere Personen eruiert werden, die Straftaten und Delikte begangen haben? Konnten Filmaufnahmen sichergestellt werden? Waren Bodycams im Einsatz? Falls nicht, warum nicht?
9. Offenbar werden an solchen Veranstaltungen auch immer wieder verbotene Substanzen konsumiert. Konnten Drogen sichergestellt werden? Wenn ja, welche Menge waren dies und um was für Drogen handelte es sich?
10. Was wird zukünftig unternommen, um solche illegalen Festivitäten zu verhindern?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**4023. 2019/494**

BeKo RP SLÖBA/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Gabriele Kisker (Grüne)

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Brigitte Fürer (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

4024. 2020/111

SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Julia Hofstetter (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Roland Hurschler (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

4025. 2020/113

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Julia Hofstetter (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

4026. 2020/313

**Postulat von Patrik Maillard (AL) und Natalie Eberle (AL) vom 08.07.2020:
Zusätzlicher Q-Tag für die Schulteams zur Evaluierung der Erfahrungen während
der Schulschliessung sowie des Halbklassenunterrichts**

Patrik Maillard (AL) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

4027. 2021/53

Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:

Stadtmagazin unter vbzonline, Anzahl Zugriffe auf das Portal und auf die redaktionellen Beiträge, Angaben über die Kosten, die bisherige Entwicklung und die Zielgruppe sowie Hintergründe zum Betrieb des Portals und zur möglichen Weiterentwicklung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 470 vom 19. Mai 2021).

4028. 2021/104

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 10.03.2021:

Vergabe des Bauauftrags für den Fussgängerübergang Greencity-Wollishofen, Hintergründe zur Vergabe des Auftrags an eine ausserkantonale Firma, Beurteilung der Vergabekriterien bezüglich Nachhaltigkeit sowie Massnahmen zur Bewältigung ausserordentlicher Schneefallereignisse in Zusammenarbeit mit städtischen Betrieben

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 469 vom 19. Mai 2021).

Nächste Sitzung: 9. Juni 2021, 17 Uhr.